Positionen zur Bundestagswahl

Deutschland wieder auf Kurs bringen!

Antragsteller: Landesvorstand

Die Ampel-Koalition ist gescheitert. Ihre Politik hat Deutschland in eine tiefe Krise geführt: wirtschaftliche Stagnation, steigende Lebenshaltungskosten und Kontrollverluste bei der Migration prägen das Land. Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Veränderung der sicherheitspolitischen Lage in Europa und die Klimakrise sind nur einige weitere drängende Themen. Darüber hinaus sehen wir uns mit der zunehmenden Schwierigkeit konfrontiert, dass das Vertrauen in unsere Demokratie und den Rechtsstaat schwindet. Trotz vollmundiger Versprechen von SPD, Grünen und FDP herrscht in zentralen Politikbereichen Stillstand. Mit der Bundestagswahl 2025 haben wir als Union die Chance, eine neue Richtung einzuschlagen. Wir wollen innovative Antworten auf die vielen herausfordernden politischen Fragen unserer Zeit geben.

Wir sehen die Union in der Verantwortung, diese Herausforderungen zu meistern, das Vertrauen der Menschen in die Demokratie wiederherzustellen und eine stabile Bundesregierung anzuführen. Besonders in Zeiten der Unsicherheit und des Wandels braucht es eine Regierung, die nicht nur die großen Fragen aufwirft, sondern sie auch entschlossen und handlungsfähig beantwortet. In diesen schwierigen Zeiten zeigt sich, wie wichtig die CDU mehr denn je ist. Wir sind bereit, erneut die Verantwortung für die Regierung in Deutschland zu übernehmen. Mit den richtigen Konzepten und Lösungen können wir die anstehenden Aufgaben bewältigen.

Es ist auch Aufgabe der Jungen Union, dass die Menschen wieder Vertrauen in die Politik finden. Die Menschen in Deutschland haben eine Bundesregierung verdient, die sich um ihre Anliegen kümmert. Wir möchten eine Politik entwickeln, die die Lebensrealitäten der Menschen aktiv in die Lösungsfindung einbezieht. Unser Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen und gemeinsam mit ihnen an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Nur durch echte Zusammenarbeit und enge Vernetzung mit der Bevölkerung können wir nachhaltige und erfolgreiche Lösungen für unser Land erzielen.

Den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder stärken

Es steht schlecht um die Wirtschaft in unserem Land. Um sie wieder anzukurbeln, benötigen wir einen grundlegenden Politikwechsel, der nicht nur Arbeitsplätze schafft und Wohlstand sichert, sondern insbesondere für die Unternehmen im Land langfristige Planungssicherheit gewährleistet. Der Mittelstand ist dabei das Rückgrat unserer Wirtschaft. Folgerichtig muss dort der Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik liegen. Wir brauchen eine stabile Bundesregierung, die Investitionen anregt und insbesondere die bürokratischen Hürden drastisch verringert. Damit bringen wir den Unternehmern auch wieder mehr Vertrauen entgegen. Gesetze und Regulierungen sollten schließlich nur dort gelten, wo sie unbedingt notwendig sind. Deshalb legen wir einen klaren Fokus auf Bürokratieabbau und werden bestehende Gesetze auf ihre Wirksamkeit hin prüfen. Wir setzen auf das Prinzip „one in two out“: Für jedes neue Gesetz müssen zwei alte gestrichen werden. Das sogenannte „Lieferkettengesetz“ bringt unnötige bürokratische Belastungen für Unternehmen mit sich. Es muss deshalb wieder abgeschafft werden.

Ziel unserer Wirtschaftspolitik soll sein, dass sich Arbeiten wieder lohnt. Dafür ist die Anhebung des Grundfreibetrages der Einkommenssteuer ein sinnvoller Beitrag, um insbesondere Geringverdienerinnen und Geringverdiener steuerlich zu entlasten. Gleichzeitig muss das sogenannte „Bürgergeld“ als Anreiz zur Arbeitsvermeidung abgeschafft und das Lohnabstandsgebot wieder eingehalten werden. Wir wollen das „Bürgergeld“ durch ein System ersetzen, das sowohl soziale Not lindert als auch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt aktiv fördert. Der Staat muss diejenigen, die Hilfe benötigen, gezielt und mit voller Kraft unterstützen. Der Grundsatz „Fördern und Fordern“ muss stets beachtet werden. Überstunden von Vollzeitbeschäftigten sollen zukünftig steuerfrei bleiben, um einen weiteren Anreiz bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu setzen.

Deutschland muss wieder das Land der Visionen und Unternehmensgründungen werden, und die Digitalisierung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Sie fördert Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Mit neuen Technologien können Arbeitsprozesse optimiert, neue Märkte erschlossen und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Um diese Ziele zu erreichen, benötigen wir ein zentrales, digitales Gründungsportal, das schnellere Genehmigungsverfahren ermöglicht und ein besseres Umfeld für Unternehmensgründungen schafft.

Darüber hinaus müssen mehr Risikokapital und steuerliche Anreize für Investitionen in kleine und mittelständische Unternehmen bereitgestellt werden. Gleichzeitig sollten bestehende Unternehmen durch steuerliche Entlastungen und effizientere Genehmigungsverfahren dazu angeregt werden, Innovationen voranzutreiben. Wir müssen deutlich mehr in Digitalisierung und Forschung investieren, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Dabei ist es unser Ziel, alle Menschen zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien zu befähigen und so die Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zu legen.

Damit Schleswig-Holstein ein attraktiver Wirtschafts- und Industriestandort ist, bedarf es dringend weiterer Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Ost-West-Anbindung in Schleswig-Holstein und der Fertigstellung der Bundesautobahn 20. Viele weitere Bundesstraßen und Bundesautobahnen sind zudem in einem Zustand, der eine dringende Sanierung erfordert. Auch für den Erhalt des Nord-Ostsee-Kanals als Lebensader der Wirtschaft und des Umweltschutzes in unserem Land muss der Bund dringend mehr Mittel bereitstellen. Der Schienenpersonennahverkehr spielt eine wichtige Rolle sowohl für Pendler und Touristen als auch für den Klimaschutz. Insbesondere auf der Strecke der Marschbahn kommt es seit Jahren immer wieder zu Problemen. Der seit Jahren geforderte zweigleisige Ausbau ist daher schnellstmöglich umzusetzen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- einen umfassenden Bürokratieabbau durch die Einführung des „One in, two out“-Prinzips auf Bundesebene und die Abschaffung des Lieferkettengesetzes, des Verbandsklagerechts und ein Abmildern des ESG-Reporting,
- die Schaffung von nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen rund um künstliche Intelligenz resultierend aus dem EU Act one ohne die Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland zu gefährden,
- die Einführung eines zentralen digitalen Gründungsportals, das schnellere Genehmigungsverfahren ermöglicht,
- Steuerfreiheit für Überstunden über die 40. Wochenstunde hinaus,

- die Anhebung des Grundfreibetrages der Einkommenssteuer,
- die Abschaffung des Bürgergeldes zugunsten einer reformierten Grundsicherung, die den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt aktiv fördert,
- mehr Investitionen in Digitalisierung und Forschung, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen,
- mehr Investitionen in die Straßen- und Schieneninfrastruktur,
- den zügigen Ausbau der Bundesautobahnen 20, 21 und 23 sowie die Ertüchtigung der Bundesautobahnen 1 und 21 und der Bundesstraßen 5, 76, 202 und 404,
- mehr Bundesmittel zum Erhalt des Nord-Ostsee-Kanals.
- den zweigleisigen Ausbau der Marschbahn, sowie die Ertüchtigung des Ausbau der Marschbahn.

Mit Sicherheit für Deutschland - eine humane und geordnete Migrationspolitik

Die Migration nach Deutschland ist außer Kontrolle geraten: Unsere Asylsysteme sind überlastet, und die Integration scheitert an unzureichenden Kapazitäten in Kommunen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist ein grundlegender Wandel erforderlich – weg vom bloßen Management illegaler Migration hin zu ihrer Bekämpfung.

Darüber hinaus ist die konsequente Abschiebung krimineller und extremistischer Ausländer unabdingbar, um Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten. Unsere Polizei braucht eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, um entschlossen gegen No-Go-Areas und Clankriminalität vorzugehen.

Die Einwanderung nach Deutschland soll nur jenen erlaubt werden, die mit einem gültigen Visum oder Aufenthaltstitel nach Europa kommen. Aus diesem Grund fordern wir eine vorübergehende Aussetzung des Asylrechts, inspiriert durch das polnische Modell. Darüber hinaus soll bei illegalen Grenzübertritten eine Drittstaatenregelung im Rahmen des rechtlich möglichen eingeführt werden, um Asylverfahren und Unterbringung in Drittstaaten durchzuführen. Sollte der europäische Rechtsrahmen dies verhindern, muss die Qualifikationsrichtlinie umfassend überarbeitet werden, um diese Maßnahmen zu ermöglichen.

Wir fordern eine Erweiterung der Befugnisse und eine Erhöhung des Frontex-Personalbestands, um die europäischen Außengrenzen effektiv zu sichern. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss rasch umgesetzt werden. Die Zahl der ausreisepflichtigen Personen in Deutschland muss ebenfalls erheblich reduziert werden. Serienduldungen sollen beendet werden, während wir gut integrierten Geduldeten die Möglichkeit zum einmaligen Spurwechsel eröffnen wollen. Die Rückführung von islamistischen Gefährdern und Straftätern muss für den Staat höchste Priorität haben. Zahlungen von überhöhten Handgeldern zur Rückführung lehnen wir strikt ab.

Die Reform der Ampelregierung im Staatsangehörigkeitsrecht muss teilweise rückgängig gemacht werden. Die Aufweichung bei den erforderlichen Sprachkenntnissen und bei der doppelten Staatsbürgerschaft schaden der Integration. Verwaltungen müssen sicherstellen, dass keine Antisemitinnen und Antisemiten, Islamistinnen und Islamisten oder andere Extremistinnen und Extremisten eingebürgert werden.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die konsequente Abschiebung von Ausländern, welche einen extremistischen Hintergrund oder schwere Straftaten begangen haben,
- Pilotprojekte zu testen, bei denen Migranten ohne Sprachzertifikate die Möglichkeit haben, in Deutschland zu arbeiten,
- eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Bundespolizei, um einen konsequenten Grenzschutz zu gewährleisten,
- dass die Bundespolizei die Landespolizeien im Rahmen ihrer Zuständigkeiten stärker bei dem Kampf gegen Clankriminalität und No-Go-Areas unterstützt.
- die Einführung einer Drittstaatenregelung, nach der Asylverfahren in Drittstaaten durchgeführt werden können,
- die Erweiterung der Befugnisse und die Erhöhung des Frontex-Personalbestands, um die europäischen Außengrenzen effizient zu sichern,
- die rasche Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems,
- priorisierte Rückführungen von islamistischen Gefährderinnen und Gefährdern sowie Straftäterinnen und Straftätern,
- die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts rückgängig zu machen sowie Expresseinbürgerungen zu verhindern und Sprachnachweise für die Einbürgerung auf das C1-Niveau zu erhöhen,
- sicherzustellen, dass keine Extremistinnen und Extremisten eingebürgert werden.

Ideologiefreie Landwirtschaft der Zukunft

Schleswig-Holstein beheimatet zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe: Darauf sind wir stolz. Für uns ist die Förderung einer stärkenden Landwirtschaftspolitik, die den Betrieben Rückhalt gibt, eine zentrale Aufgabe. Die Menschen, die tagtäglich unsere Lebensmittelversorgung sicherstellen, verdienen eine Politik, die ihre Arbeit unterstützt und ihnen die notwendige Planungssicherheit bietet.

Die Entbürokratisierung muss sich auch in der Landwirtschaftspolitik und den an die Landwirtschaft angrenzenden Wirtschaftsbereiche widerspiegeln. Der bürokratische Aufwand, insbesondere die Vielzahl an Dokumentationsanforderungen, nimmt bereits jetzt einen beträchtlichen Teil der Arbeitszeit von Landwirtinnen und Landwirten in Anspruch – etwa einen ganzen Arbeitstag pro Woche. Wir vertrauen darauf, dass sie auch ohne übermäßige Bürokratie in der Lage sind, ihre Erzeugnisse unter den aktuellen Standards zu produzieren. Dabei muss sichergestellt werden, dass Dokumentationen digital erfolgen können und die Daten problemlos an die zuständigen Behörden übermittelt werden. Ziel ist es, Redundanzen zu vermeiden und gleichzeitig die Kontrolle über die Daten beim Betrieb zu belassen. Um die Landwirtschaft für die Zukunft widerstandsfähiger zu machen, setzen wir auf Technologieoffenheit. Die Politik darf landwirtschaftliche Betriebe nicht aufgrund ideologischer Überzeugungen auf bestimmte Technologien festlegen. Stattdessen sollten Projekte zur Weiterentwicklung innovativer Produktionsmethoden uneingeschränkt gefördert werden. Beispiele hierfür sind die Entwicklung autonom fahrender Traktoren und moderne Züchtungsmethoden.

Neben der traditionellen Verantwortung für die Lebensmittelversorgung kommen in den letzten Jahren weitere wichtige Themen wie die Energieproduktion, der Klimaschutz, der Naturschutz und der Erhalt des ländlichen Raumes auf die Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland zu. Diese verstärken, zusammen mit infrastrukturellen Anforderungen, den Druck auf den Markt. Es ist entscheidend, dass diese Herausforderungen gemeinsam

angegangen werden, um Lösungen zu finden, die den Betrieben wirtschaftliche Perspektiven bieten, wie zum Beispiel die Nutzung von Moorflächen für die Photovoltaik.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- Planungssicherheit und Anerkennung für landwirtschaftliche Betriebe,
- die Entbürokratisierung in der Landwirtschaftspolitik, insbesondere durch die Reduzierung von Dokumentationsanforderungen und sinnvolle Digitalisierungsmaßnahmen,
- eine Technologieoffenheit für die Landwirtschaft, beispielsweise bei der Entwicklung autonom fahrender Traktoren und bei modernen Züchtungsmethoden,
- landwirtschaftlichen Betrieben langfristige wirtschaftliche Perspektiven zu bieten, beispielsweise durch die Nutzung von Moorflächen für Photovoltaik.

Starkes Deutschland in Europa und der Welt

Der Ukraine-Krieg und der damit einhergehende Konflikt mit Russland haben die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Deutschland befindet sich in einer neuen Bedrohungslage. Deutschland muss deshalb wieder verteidigungsfähig werden. Nur aus einer Position der Stärke heraus können Frieden und Freiheit langfristig gesichert werden. Gerade in Schleswig-Holstein, mit unserer geografischen Lage an der Ostsee, übernehmen wir eine besondere Verantwortung für den Schutz des Ostseeraumes. Dies erfordert eine klare Verstärkung unserer Verteidigungsfähigkeit und den gezielten Ausbau unserer militärischen Infrastruktur.

Die Bundeswehr muss schnellstmöglich wieder zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt wird. Ein verbindliches Ziel von 3% des BIP für Verteidigungsausgaben muss daher festgeschrieben werden. Wir müssen die Bundeswehr insgesamt personell und materiell aufrüsten, um für die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen gewappnet zu sein. Dazu gehört für uns auch die Einführung einer Kontingentwehrpflicht, die wir zum Wohle unseres Landes zu einem verpflichtenden Gesellschaftsdienst für junge Menschen weiterentwickeln wollen.

Um die Wiederaufrüstung der Bundeswehr zu ermöglichen, braucht es eine Vergrößerung der Infrastruktur unserer Streitkräfte. Deswegen sollten bestehende Standorte wie etwa der Flugplatz Hohn nicht nur erhalten bleiben, sondern weiter ausgebaut werden. Dies stärkt die Bundeswehr und fördert auch die betreffenden Kommunen.

In diesem Kontext fordern wir auch eine verstärkte Ausrichtung auf die europäische Sicherheit. Die NATO bleibt für uns das zentrale Element unserer Sicherheitsarchitektur. Dennoch müssen wir durch zwischenstaatliche Kooperation und die Instrumente der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eine eigenständige europäische Säule innerhalb der NATO aufbauen. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Entwicklung neuer Defensiv- und Offensivkapazitäten im digitalen und hybriden Raum. Deutschland muss hier mit einem stark ausgebauten Cyber- und Informationsraum sowie erweiterten Befugnissen für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) auf die neuen Bedrohungen reagieren.

Die Ukraine kämpft nicht nur um ihr eigenes Land, sondern auch um das Recht auf freie Selbstbestimmung und um den Frieden in Europa. Dabei müssen wir die Ukraine mit allen erforderlichen Waffensystemen, einschließlich Taurus-Marschflugkörpern, unterstützen. Eine

Verhandlungslösung des Konflikts kann es für uns nur mit Zustimmung der ukrainischen Regierung geben.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, um langfristig Frieden und Freiheit aus einer Position der Stärke zu sichern,
- die Einführung einer Kontingentwehrpflicht, die zu einem verpflichtenden Gesellschaftsdienst weiterentwickelt wird,
- die Stärkung des Bundeswehrstandorte in Schleswig-Holstein wie des Flugplatzes Hohn, damit besondere Verantwortung für den Schutz des Ostseeraumes übernommen werden kann,
- die schnelle Befähigung der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung, mit einem verbindlichen Ziel von 3% des BIP für Verteidigungsausgaben, wobei die 3% aus dem regulären Haushalt entspringen müssen. Mögliche Sondervermögen sind nicht zu verrechnen,
- die personelle und materielle Aufrüstung der Bundeswehr, um für die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen gewappnet zu sein,
- eine grundlegende Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, um Verfahren zu beschleunigen und die Truppe so schneller und effizienter mit dringend benötigter Ausrüstung und militärischem Gerät zu versorgen,
- den Ausbau einer eigenständigen europäischen Sicherheitsarchitektur innerhalb der Strukturen der NATO,
- die Entwicklung neuer Defensiv- und Offensivkapazitäten im digitalen und hybriden Raum, einschließlich eines ausgebauten Cyber- und Informationsraums sowie erweiterter Befugnisse für den MAD,
- die Unterstützung der Ukraine mit allen erforderlichen Waffensystemen, einschließlich Taurus-Marschflugkörpern.
- Mindestens die von der NATO geforderten 20% des gesamten Wehretats in Ausrüstung, Ersatzteile, Waffensysteme und vor allem Munition zu investieren sowie Ausrüstung und Ersatzteile auf Vorrat zu häufeln
- Die gesetzliche Verankerung einer Einsatzbereitschaftsquote von jeweils 75% für die Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine

Eine generationengerechte Rentenreform für Deutschland

Das deutsche Rentensystem steht aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend unter Druck. Eine immer kleinere Zahl von Erwerbstätigen muss die Renten einer wachsenden Zahl von Rentnern finanzieren. Diese Entwicklung könnte langfristig zu einer Überlastung des Systems führen und die Altersarmut ansteigen lassen. Um das Rentensystem zukunftsfähig zu machen und den sozialen Frieden zu wahren, sind weitreichende Maßnahmen notwendig.

Zunächst ist eine Erhöhung der Rentenbeiträge in Verbindung mit einer stärkeren Förderung der privaten Altersvorsorge von zentraler Bedeutung. Dies könnte durch steuerliche Anreize und eine bessere Förderung von Vorsorgeeinrichtungen erfolgen, um die Rentenabsicherung auf breiterer Basis abzusichern. Gleichzeitig sollte das Rentensystem flexibler gestaltet werden, indem der Renteneintritt an die steigende Lebenserwartung und die unterschiedliche Belastung von Berufen angepasst wird. So könnten vor allem Menschen in körperlich

anstrengenden Berufen früher in den Ruhestand treten, während andere später arbeiten, wenn sie es wünschen und können.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Unterstützung von Familien und die Förderung des Nachwuchses, um die demografische Entwicklung langfristig zu stabilisieren. Hierzu könnten steuerliche Entlastungen für Familien sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören, um den Menschen die Entscheidung für Kinder zu erleichtern. Mit der Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting entlasten wir Familien finanziell und berücksichtigen die Kinderzahl stärker. Zusätzlich sollte die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland verstärkt werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Rentensystem zu stützen. Hierbei müsste insbesondere die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessert werden.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- eine Stabilisierung der Rentenbeiträge, wobei die Beitragssätze auch durch eine stärkere private Altersvorsorge unterstützt werden können,
- die Förderung der privaten Altersvorsorge durch staatliche Anreize für private Vorsorgeprogramme,
- eine Flexibilisierung und Erhöhung des Renteneintrittsalters, welches an die Lebenserwartung gekoppelt wird,
- steuerliche Entlastungen für Familien durch die Weiterentwicklung des Ehegattensplitting zum Familiensplitting,
- eine neue Zuwanderungsoffensive, um Fachkräfte aus dem Ausland für unser Land zu gewinnen.